

Zusätzliche Vertragsbedingungen VOB/B (ZVB)**Neubau Einträgerbrückenkran Freimessbereich****§ 1 Geltungsbereich, Vertragsbestandteile**

- (1) Diese ZVB gelten für Werkverträge über Bauleistungen der Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH (nachfolgend AG genannt) mit Handwerksbetrieben und sonstigen gewerblichen Unternehmen (nachfolgend AN genannt).
- (2) Sämtliche Änderungen und Einschränkungen des AN, die er in seinem Angebot gegenüber den Ausschreibungsunterlagen vorgenommen hat, werden nur Vertragsbestandteil, wenn sie durch ausdrückliche Vereinbarung in den Vertrag aufgenommen wurden (z.B. durch Verhandlungsprotokoll).
- (3) Allgemeine Geschäftsbedingungen des AN sind nicht Bestandteil dieses Vertrages und daher gegenüber dem AG ausnahmslos unwirksam. Die Allgemeinen Geschäftsbedingungen haben selbst dann keine Gültigkeit, wenn im Angebot oder in sonstigen Schriftstücken auf sie Bezug genommen wird.

§ 2 Liefer- und Leistungsumfang AN

- (1) Der AN hat sämtliche Lieferungen und Leistungen einschließlich aller erforderlichen Dokumentationen entsprechend der Leistungsspezifikation, den Planungsunterlagen sowie den Leistungsverzeichnissen zu erbringen, die zur fertigen und funktionsgerechten Erstellung des Bauvorhabens nach den allgemein anerkannten Regeln der Baukunst und Technik erforderlich sind, selbst wenn diese nicht ausdrücklich in den Vertragsgrundlagen beschrieben, aber aus der Sicht eines sachkundigen AN bei Vertragsschluss zur Herbeiführung des Gesamterfolges zu erbringen sind.
- (2) Zum Leistungsumfang des AN gehören auch:
 - ☒ die Baustelleneinrichtung für sämtliche Gewerke;
 - ☐ die An- und Abfuhr von Geräten, Gerüsten, einschließlich deren Vorhaltung; alle Maßnahmen zur Sicherung der Baustelle wie Einfriedung, Beleuchtung und Straßenabspernung;
 - ☒ der eigenverantwortliche Anschluss an die vorgegebenen Übergabepunkte für Baustrom und Bauwasser;
 - ☐ Einrichtung und Unterhaltung eines funktionsfähigen Baubüros nebst Ausstattung, insbesondere mit Internet-Anschluss (einschließlich E-Mail) mit Beginn der Bauarbeiten bis zur Schlussabnahme und Beseitigung der wesentlichen Mängel;
 - ☒ Durchführung der notwendigen Versuchsläufe der technischen Anlagen des Bauvorhabens, wobei dem AG Gelegenheit zur Teilnahme zu geben ist;
 - ☒ die rechtzeitige Einholung sämtlicher erforderlichen behördlichen Abnahmen, Abnahmebescheinigungen, insbesondere der Bauaufsichtsbehörde, der Brandschutzbehörde, der Berufsgenossenschaft, des TÜV oder einer vergleichbaren Institution, wobei der AG die hierfür anfallenden Kosten übernimmt;

- ☒ etwaige nicht in der Leistungsbeschreibung aufgeführte Nebenleistungen nach ATV (DIN 18299 ff. oder VOB/C).
- ☒ Die zeitliche und fachliche Abstimmung mit allen bei der Planung und Ausführung berührten Gewerken sowie die Klärung und Koordination der internen (zwischen den einzelnen Leistungen) und externen (zum AG) Schnittstellen für die ausgeschriebene Leistung gehören ebenfalls zum Aufgabenbereich des AN und werden nicht gesondert vergütet. Der AN hat hierbei im Interesse eines zügigen Projektfortschrittes auf größtmögliche Zuverlässigkeit und Wirtschaftlichkeit zu achten.
- ☒ Für den Zeitraum der Auftragstätigkeit ist vom AN ein deutschsprachiger Bauleiter zu benennen. Der AN wird auf Wunsch des AG geeignetes, sach- und fachkundiges Personal zu Gesprächen mit Genehmigungsbehörden, Gutachtern und bei Abnahmen gemäß Beauftragung zur Verfügung stellen.
- ☒ Der AN erarbeitet und aktualisiert Detailterminpläne und Arbeitsablaufpläne für seine Leistungen und Leistungen von Unterauftragnehmern und übergibt diese unverzüglich dem AG.
- ☐ Der AN ist verpflichtet an regelmäßigen Baubesprechungen teilzunehmen.
- ☐ Der AN ist verpflichtet, Bautagesberichte zu führen. Diese sind beim Ansprechpartner Technik wöchentlich vorzulegen und im Original zu überlassen. Die Bautagesberichte müssen sämtliche Angaben enthalten, die für die Durchführung und Abwicklung des Vertrags von Bedeutung sein können, insbesondere Wetter, Temperaturen, Zahl und Art der auf der Baustelle beschäftigten Arbeitskräfte, Zahl und Art der eingesetzten Großgeräte, den jeweils erreichten Bautenstand, den wesentlichen Baufortschritt, Beginn und Ende von Leistungen größeren Umfangs, Betonierungszeiten, Behinderungen und Unterbrechungen der Ausführung, Leistungsverzögerungen und Unfälle. Des Weiteren sind Ereignisse, Anordnungen und Festlegungen, die für das Bauvorhaben oder für die Sicherheit von Personen relevant sein können, im Bautagesbericht festzuhalten. Eintragungen im Bautagebuch ersetzen weder eine Behinderungsanzeige noch eine sonstige im Vertrag vorgesehene Mitteilung oder Information des AG.

§ 3 Mitwirkung des AG

- (1) Der AG wird den Arbeitsfortschritt in jeder Phase der Vertragsabwicklung durch zügige Entscheidungen unterstützen. Der AG hat die vom AN vorgelegten Unterlagen nur auf Übereinstimmung mit den Vertragsbestandteilen und -grundlagen nach § 1 und § 2 der ZVB, nicht aber auf Vollständigkeit, technische Richtigkeit und baurechtliche Zulässigkeit zu prüfen. Die Freigabe durch den AG entbindet den AN nicht von seiner Verantwortung für die vertragsgemäßen Leistungen. Durch die Freigabe übernimmt der AG weder eine Mitverantwortung, gleich welcher Art, für die von ihm freigegebenen Unterlagen, noch wird dadurch die Verpflichtung des AN zur vollständigen und mangelfreien Leistungserbringung eingeschränkt.
- ☐ Auf Anordnung des AG finden zum Zwecke der schnellen Abklärung sämtlicher das Bauvorhaben betreffender Fragen Baubesprechungen – in der Regel mindestens einmal wöchentlich – statt. Der AN hat zu diesen Besprechungen den Projektleiter/ Bauleiter oder eine entsprechend bevollmächtigte Person zu entsenden. Über das Ergebnis jeder Baubesprechung wird ein Protokoll angefertigt, das sämtlichen Beteiligten unverzüglich übersandt wird. Der AN verpflichtet sich, den im Protokoll enthaltenen Feststellungen innerhalb von fünf Werktagen nach Zugang zu widersprechen, falls er hiermit nicht einverstanden ist.

☒ Die vom AN erstellten Planunterlagen sind dem AG rechtzeitig vor Ausführungsbeginn in zweifacher Ausfertigung zur Prüfung und Freigabe vorzulegen. Dem AG steht für die Prüfung und Freigabe dieser Planunterlagen ein Zeitraum von mindestens drei Wochen zur Verfügung. Der AN hat bei der Übersendung der Planunterlagen schriftlich anzugeben, wann er die Freigabe spätestens benötigt, damit keine Verzögerung der Bauausführung eintritt. Auf etwaige Abweichungen von der Leistungsbeschreibung und/oder den Vertragsplänen ist hierbei schriftlich hinzuweisen.

(2) Bauleiter, Architekt, Planer und sonstige Personen sind nicht vom AG bevollmächtigt, Abweichungen vom Vertrag, Änderungen der Ausführung sowie Mehr- und Minderleistung zu vereinbaren oder anzuordnen. Die Vorlage von geänderten Plänen oder sonstiger Vorgaben durch den Architekten oder andere an der Planung Beteiligte stellt daher keine Beauftragung dar und führt nicht zu einem Anspruch auf zusätzliche Vergütung.

§ 4 Leistungspreise/Vergütung

(1) Die Vergütung wird folgendermaßen festgelegt

☒ Mit der vereinbarten Pauschalvergütung wird die vollständige und mangelfreie Durchführung der vertragsgegenständlichen Leistungen einschließlich der Übertragung von Nutzungs-, Verwertungs- und Änderungsrechten, die sonstigen vertraglichen Verpflichtungen und die mit der Leistungserbringung im Zusammenhang stehenden Kosten abgegolten. Lohn- und Materialpreisklauseln sind nicht vereinbart.

☐ Bei den Einheitspreisen gemäß Auftrags-Leistungsverzeichnis handelt es sich um eine vorläufige Vergütung für die vollständige und mangelfreie Durchführung der vertragsgegenständlichen Leistungen.

(2) Für alle Arbeiten auf dem Gelände des AG gilt die Ordnung für Tätigkeiten von Fremdfirmen. Für die ausgeschriebenen Lieferungen und Leistungen sind alle erforderlichen Schutzmaßnahmen und Erschwernisse im Angebotspreis zu berücksichtigen, soweit in den Anfrageunterlagen nicht anders geregelt.

(3) Alle vorgenannten Preise verstehen sich zzgl. der zum Zeitpunkt der Rechnungslegung geltenden gesetzlichen Umsatzsteuer.

☐ Der AN ist verpflichtet, bei Zuschlagserteilung dem AG die Urkalkulation unverzüglich in einem verschlossenen Umschlag zu übergeben. Darin müssen folgende Kostenbestandteile ausgewiesen sein:

- a. die jeweiligen Einzelkosten der Teilleistung einschließlich aller kalkulierten Fremdunternehmerlöhne; aufgeteilt nach Stoff-, Material- und Lohnkostenanteil;
- b. die im Einzelnen spezifizierten Baustellengemeinkosten;
- c. die allgemeinen Geschäftskosten;
- d. Wagnis- und Gewinn;
- e. die Angebotssumme insgesamt ohne Umsatzsteuer.

Der AG darf die hinterlegte Kalkulation zur Prüfung bei der Vereinbarung neuer Preise oder zur Prüfung von sonstigen Ansprüchen des AN öffnen und einsehen. Dem AN wird Gelegenheit gegeben, bei der Öffnung anwesend zu sein.

§ 5 Vertragsstrafe

- (1) Bei schuldhafter Überschreitung der mit dem AG schriftlich vereinbarten pönalisierten Vertragstermine verpflichtet sich der AN zur Zahlung einer Vertragsstrafe pro Werktag der Überschreitung von jeweils 0,15 % des Teils der Gesamtnettoabrechnungssumme, der den bis zu diesem Zeitpunkt vertraglich zu erbringenden Leistungen entspricht.
- (2) Die Vertragsstrafe wird auf insgesamt 5,0 % der Gesamtnettoabrechnungssumme begrenzt. Bei der Überschreitung von vertraglich vereinbarten Einzelfristen ist die Vertragsstrafe insgesamt auf 5,0 % des Teils der Gesamtnettoabrechnungssumme begrenzt, der den bis zu diesem Zeitpunkt vertraglich zu erbringenden Leistungen entspricht.
- (3) Eine einmal verwirkte Vertragsstrafe für einen pönalisierten Vertragstermin wird auf nachfolgend verwirkte Vertragsstrafen für weitere pönalisierte Vertragstermine angerechnet.
- (4) Falls die Parteien nachträglich anstelle der pönalisierten Vertragstermine andere verbindliche Vertragstermine vereinbaren oder die Ausführungsfristen sich sonst verlängern, ist die vorstehende Vertragsstrafenregelung auch bei einer schuldhaften Überschreitung dieser neu vereinbarten Termine anzuwenden, wobei bereits entstandene Ansprüche auf Vertragsstrafe bestehen bleiben.
- (5) Der AG behält sich vor, neben der Vertragsstrafe Schadenersatz geltend zu machen, wobei eine Anrechnung der Vertragsstrafe auf den Schadenersatz erfolgt.

§ 6 Abrechnung und Zahlung

- (1) Rechnungen sind in einfacher Ausfertigung unter Angabe der Bestellnummer des AG und der geforderten Angaben lt. § 14 UStG einzureichen. Rechnungen mit fehlenden gesetzlichen Angaben werden nicht anerkannt und dem AN zurückgesandt. Sie gelten als nicht fällig. Ab dem 01.01.2025 sind die Rechnungen als E-Rechnung im xml-Format (XRechnung oder ZUGFeRD) an die Mailadresse xrechnungen@ewn-gmbh.de zu versenden. Bis zum Ende der Übergangsfrist (31.12.2026) können die Rechnungen nach Rücksprache in postalischer Form an EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH, Latzower Straße 1 in 17509 Rubenow oder auf elektronischem Weg im PDF -Format an die Mailadresse rechnungen@ewn-gmbh.de versendet werden. Zur Gewährleistung der ordnungsgemäßen elektronischen Belegverarbeitung ist die Rechnung jeweils getrennt von den ebenfalls einzeln beizufügenden Anlagen im pdf-Format (Lieferschein, Stundennachweise etc.) in einer Mail zu versenden. Werden nach der Annahme der Schlussrechnung in der Abrechnung Rechenfehler oder Fehler in den diesbezüglichen Unterlagen durch Rechnungsprüfungsstellen festgestellt, so sind AG und AN zum gegenseitigen Ausgleich verpflichtet.
- (2) Der AN ist nicht berechtigt, sich auf einen etwaigen Wegfall der Bereicherung (§ 818 Abs. 3 BGB) zu berufen.
- (3) Der AN darf Forderungen gegen den AG nur mit dessen vorheriger Zustimmung abtreten. Der AG wird die Zustimmung nicht unbillig verweigern.

§ 7 Sicherheitsleistungen

- ☐ Der AN ist verpflichtet, Sicherheit für die Vertragserfüllung in Höhe von 5 % des Gesamtbruttoauftragswertes zu leisten.
- ☒ Die Sicherheit für Mängelansprüche ist in Höhe von 3 % der Nettoabrechnungssumme zu leisten.

§ 8 Unterlagenerstellung durch den AN

(1) Die zu erstellende Enddokumentation ist durch den AN in folgender Form zu übergeben:

☒ 1x im Original ☒ ~~3x~~ 1x in Kopie

☐ ~~2x~~ 2x Datenträger im pdf-Format sowie Zeichnungen zusätzlich als dxf und dwg"

☒ ~~—~~ digital im vom AG gestellten Sharepointi m pdf-Format sowie Parameterfiles im herstellerseitig vorgegebenen Dateiformat

(2) In den genannten Stückzahlen der Lichtpausen ist der Eigenbedarf des AN und der Bedarf der evtl. beteiligten Fachingenieure sowie die Anzahl der Zeichnungen für Abstimmungen und Koordination mit anderen am Bau beteiligten Firmen nicht berücksichtigt. Auch diese Mengen sind im Preis des AN enthalten.

§ 9 Geheimhaltung/Schutzrechte/Rechte an Arbeitsergebnissen

(1) Der AN ist verpflichtet, diesen Vertrag sowie alle nicht bereits öffentlich bekannten Vorgänge, von denen er im Rahmen der Zusammenarbeit mit dem AG Kenntnis erhält oder die ihm aus früherer Zusammenarbeit mit dem AG bekannt sind, Dritten gegenüber vertraulich zu behandeln.

(2) Der AN wird etwaige Beauftragte (z.B. genehmigte Subunternehmer) und insbesondere deren beteiligte Mitarbeiter dieser Vertraulichkeitsverpflichtung unterwerfen. Für deren etwaige Vertraulichkeitsverstöße haftet der AN.

(3) Der AN ist vorleistungspflichtig. Dem AN steht ein Zurückbehaltungsrecht an Unterlagen, Dokumenten und Dateien/Datenbanken nicht zu, es sei denn wegen rechtskräftig festgestellter oder unbestrittener Ansprüche. Das gilt auch für den Fall der vorzeitigen Beendigung des Vertrages.

(4) Auf Grundlage der überlassenen Informationen und Unterlagen gemachte eigene Aufzeichnungen bzw. erarbeitete eigene Unterlagen des AN sind nach Ablauf der Gewährleistungsfrist zu vernichten. Bei Rückgabe bzw. Vernichtung wird der AN die Vollständigkeit der Rückgabe erhaltener bzw. die Vernichtung gefertigter Informationen dem AG schriftlich bestätigen. Die Verpflichtung, vertrauliche Informationen zurückzugeben bzw. zu vernichten, gilt nicht für den Fall, dass der AN aufgrund gesetzlicher Vorschriften nachweislich gezwungen ist, solche Informationen zu archivieren oder an Behörden herauszugeben.

(5) Die Verpflichtung des AN, die Vertraulichkeit zu wahren, bleibt trotz Rückgabe bzw. Vernichtung oder Archivierung der vertraulichen Informationen und Unterlagen auch nachvertraglich solange bestehen, wie die betreffenden Informationen nicht Allgemeingut, also öffentlich bekannt sind.

(6) Alle schriftlichen oder maschinenlesbaren, in Erfüllung dieses Vertrages geschaffenen Arbeitsergebnisse gehören vorbehaltlich der nachstehenden Bestimmung dem AG.

☒ Der AG ist berechtigt, die Nutzungsrechte ganz oder teilweise auf Dritte zu übertragen, von Dritten ausüben und ausführen zu lassen. Mit der vereinbarten Vergütung sind sämtliche Ansprüche des AN im Zusammenhang mit vorstehender Nutzungsrechtsübertragung abgegolten.

☒ Die vorstehenden Bestimmungen bleiben von einer Beendigung des Vertrages unberührt. Im Falle einer Kündigung des Vertrages, gleich aus welchem Grunde, umfasst die Nutzungsrechtsübertragung diejenigen Arbeitsergebnisse und Leistungen, die der AN bis zum Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Kündigung geschaffen hat.

- (7) Vom AG übergebene Unternehmensunterlagen, Konstruktionszeichnungen u. ä. verbleiben im Eigentum des AG und sind stets streng vertraulich zu behandeln. Sie dürfen Dritten ohne Zustimmung des AG nicht zugänglich gemacht werden. Bei Verletzung dieser Pflichten haftet der AN gegenüber dem AG im vollen Umfang nach den gesetzlichen Vorschriften.

§ 10 Versicherung

- (1) Zur Absicherung von (Mängel-)Ansprüchen des AG gegen den AN aus dem Vertrag und Ansprüchen aus gesetzlicher Haftpflicht hat der AN mit einem in der Bundesrepublik Deutschland zum Geschäftsbetrieb befugten Versicherungsunternehmen eine Berufshaftpflichtversicherung oder eine vergleichbare Versicherung mit entsprechendem Versicherungsschutz mit folgenden Deckungssummen abzuschließen:
- a. für Personenschäden **1.500.000** EUR
 - b. für sonstige Schäden **1.500.000** EUR
- (2) Diese Deckungssummen müssen in jedem Jahr mindestens 2-fach zur Verfügung stehen. Zum Nachweis des Versicherungsschutzes übergibt der AN unverzüglich eine Versicherungsbestätigung an den AG. Auf schriftliches Verlangen des AG hat der AN Ersterem die regelmäßige Zahlung der Versicherungsprämien für die vorgenannte Versicherung nachzuweisen. Auf die Versicherung müssen auch die Vorschriften von Teil 2 Kapitel 1 Abschnitt 2 VVG Anwendung finden.
- (3) Legt der AN einen Nachweis nicht vor bzw. weist er trotz Verlangens des AG die Zahlung der Versicherungsprämie nicht nach, so kann der AG dem AN eine angemessene Nachfrist zur Nachholung dieser Leistungen setzen. Kommt der AG seinen Pflichten zum Nachweis des Versicherungsschutzes auch innerhalb der Nachfrist nicht nach, kann der AG den Vertrag aus wichtigem Grund kündigen.

§ 11 Abnahme

☒ Der AN zeigt dem AG die Bereitschaft zur technischen Abnahme spätestens 12 Werkstage vorher an. Der AG wird die technische Abnahme nicht unbillig verweigern. Über technische Abnahmen ist ein von beiden Parteien zu unterzeichnendes Protokoll anzufertigen. Jeder Unterschrift ist der Vor- und Nachname des Unterzeichners in Druckschrift hinzuzufügen. Technische Abnahmen stellen nicht die rechtsgeschäftliche Gesamtabnahme der Leistung als vertragsgemäße Erfüllung dar.

☐ Der Liefer- und Leistungsumfang des AN als Ganzes bedarf einer förmlichen Gesamtabnahme, nachdem alle Teil-Lieferungen und Teil-Leistungen des Auftrages erbracht wurden. § 12 Abs. 2 VOB/B bleibt unberührt. Der AN zeigt dem AG die Bereitschaft zur rechtsgeschäftlichen Gesamtabnahme spätestens 12 Werkstage vorher an. Die Anzeige löst keine Pflicht zur Mitwirkung des AG aus, wenn sie vor Abnahmereife erfolgt. Die Gesamtabnahme bedarf einer schriftlichen Erklärung des AG, dass er die Leistung als vertragsgemäß anerkennt. Jeder Unterschrift ist der Vor- und Nachname des Unterzeichners in Druckschrift hinzuzufügen. Werden beim Abnahmetermin wesentliche Mängel festgestellt, so gilt die Leistung nicht als abgenommen. Bekannte Mängel sind zu dokumentieren und deren etwaige Abstellung bzw. verbleibende Mängel sind bei einem erneuten Abnahmetermin in dem dann zu erstellenden Abnahmeprotokoll auszuweisen. Gewährleistungsansprüche wegen bekannter Mängel sollen im Abnahmeprotokoll vorbehalten werden. Sind Mängel aufgeführt, gelten die Ansprüche jedoch auch ohne ausdrücklichen Vorbehalt als vorbehalten.

§ 12 Ansprechpartner/Projektteam

- (1) Die in der Bestellung genannten Ansprechpartner sind verbindlich.
- (2) Der AN ist verpflichtet, sein Mitarbeiterteam hinsichtlich Anzahl und Qualifikation so zu besetzen und vorzuhalten, dass keine Verzögerungen in der Bauausführung entstehen und die zwischen den Parteien vereinbarten Fristen und Termine eingehalten werden.
- (3) Die in der Bestellung genannten Personen sind berechtigt, für den AN Anordnungen und/oder Weisungen des AG entgegenzunehmen und für den AN rechtsverbindliche Erklärungen abzugeben.
- (4) Der AN hat darauf hinzuwirken, dass die benannten Mitarbeiter über die gesamte Vertragsdauer eingesetzt werden. Das benannte Personal darf nur mit schriftlicher Zustimmung des AG ausgetauscht werden. Die Zustimmung darf der AG nur aus wichtigem Grund verweigern.
- (5) Der AN ist jedoch verpflichtet, den Projektleiter auf Verlangen des AG auszutauschen, wenn dem AG eine weitere vertrauensvolle Zusammenarbeit mit dem Projektleiter nicht mehr möglich ist.
- (6) Der Projektleiter/Bauleiter des AN bzw. seine Stellvertreter müssen in angemessener Zeit innerhalb der üblichen Geschäftszeiten in der Lage sein, vor Ort Termine wahrzunehmen. Ferner ist von Seiten des AN sicherzustellen, dass sich der Projektleiter und seine Stellvertreter in den Urlaubszeiten vertreten.

§ 13 Standort

- ☐ Die Einrichtung der Baustelle hat nach dem Baustelleneinrichtungsplan des AG zu erfolgen. Die Aufteilung der Freiflächen für die Lager- und Vormontageflächen ist zwischen allen Beteiligten des AG und des AN abzustimmen. Dazu hat der AN und ggf. jeder Unterauftragnehmer auf der Basis der nachfolgenden Bedingungen seinen Baustellenbereich im Einrichtungsplan zu kennzeichnen und dem Koordinator des AG zur Freigabe vorzulegen.
- ☐ Bereitstellungs-, Lager-, Abstellplätze für Material, LKWs, und PKWs innerhalb und außerhalb des Werkgeländes sind in Absprache mit der Bauleitung des AG entsprechend den Anforderungen des Umweltschutzes und anderen gesetzlichen Bestimmungen zu gestalten und zu organisieren.
- ☒ Nach der Beauftragung und dem Beginn der Ausführung übernimmt der AN die Verkehrssicherungspflicht in den für ihn freigegebenen Bereichen.
- ☐ Aus Platzgründen dürfen nur genormte, stapelbare Container aufgestellt werden, für die der AN die Versorgung mit Strom und Wasser ab dem jeweiligen Versorgungspunkt auf der Baustelle selbst übernehmen muss.
- ☐ Die Einrichtung der notwendigen sanitären Anlagen für seine Mitarbeiter ist ebenfalls Bestandteil der Lieferung und Leistung des AN.
- ☐ Die Container-Aufstellflächen und Wege im Bereich der Baustelleneinrichtung sind unbefestigt.
- ☒ Die auf dem Baustellengelände und Werksgelände des AG eingesetzten Transportfahrzeuge müssen für den Straßenverkehr zugelassen und versichert sein. Privat-PKW dürfen das Werksgelände nicht befahren.
- ☒ Baustrom, soweit vom AG zur Verfügung gestellt, erhält der AN kostenlos.
- ☒ Wasser soweit vom AG zur Verfügung gestellt, erhält der AN ebenfalls kostenlos.

Für die Medien Baustrom und Wasser gilt:

- Der AG übernimmt keine Gewähr für die Lieferung der Medien. Bei Ausfall kann der AN keine Schadensersatzansprüche stellen.
- Über die Lage von Anschlussstellen, Haupt- oder Unterverteilungen und Zapfstellen hat sich der AN vor Abgabe seines Angebotes informiert. Die Medien werden nur innerhalb des umzäunten Geländes des AG zur Verfügung gestellt.
- Bei nachgewiesener Verschwendung oder nicht auftragsgerechter Verwendung der Medien hat der AG das Recht, die entstandenen Kosten in Rechnung zu stellen.

§ 14 Zugangsregelung

- (1) Die Vorgaben der Ordnung für Tätigkeiten von Fremdfirmen (Standort Rubenow)/ Baustellenordnung (Standort Rheinsberg) sind zu beachten.
- (2) Die Abfertigung an der EWN-Zufahrt (AKP1) erfolgt durch Betriebspersonal, welches zusammen mit der Bauleitung des AG auch die werksinterne Weiterleitung von Großtransporten organisiert. Alle anderen Lieferungen des AN werden nach Einweisung direkt zur Baustelle geschickt. Die Durchfahrtshöhen auf dem EWN-Gelände sind zu beachten.

☒ Der Zutritt und auch die Zufahrt erfolgen auf Antragstellung und werden befristet genehmigt. Besondere Regelungen sind für Zone III und den Überwachungsbereich nicht erforderlich, da hierfür keine Sicherheitsüberprüfungen durch die atomrechtliche Genehmigungsbehörde vorgeschrieben sind.

☒ Für Arbeiten in der Zone I (Kontrollbereich) ist eine Zuverlässigkeitsüberprüfung nach § 12b AtG vorzulegen. Darüber hinaus erfolgt der Zugang zu den Kontrollbereichen über eine Zutrittskontrollanlage mittels eines Werksausweises, der mindestens zwei Werktage vor Aufnahme der Tätigkeiten bei der OE Sicherheit zu beantragen ist. Zur Durchführung von Tätigkeiten im Kontrollbereich sind grundsätzlich beruflich exponierte Personen des AN im Sinne § 5 Abs. 7 StrlSchG einzusetzen. Der AN muss eine Genehmigung zur Tätigkeit in fremden kerntechnischen Anlagen oder Einrichtungen gemäß § 25 StrlSchG bzw. § 15 StrlSchV (alt) besitzen. Diese wird von der für den AN zuständigen Aufsichtsbehörde erteilt.

- (3) Der Zutritt und auch die Zufahrt erfolgen auf Antragstellung und werden befristet genehmigt. Besondere Regelungen sind für Zone III und den Überwachungsbereich nicht erforderlich, da hierfür keine Sicherheitsüberprüfungen durch die atomrechtliche Genehmigungsbehörde vorgeschrieben sind.
- (4) Für die Zugangsformalitäten werden die Formulare des AG verwendet.
- (5) Aus organisatorischen Gründen wird der AN die betrieblichen Zutrittsanträge und Anträge auf Zufahrt rechtzeitig stellen.
- (6) Arbeitszeitregelung Standort Rubenow:

- Mo – Do: 07:00 Uhr bis 18:00 Uhr; Fr: 07:00 Uhr bis 15:00 Uhr

Arbeitszeitregelung Standort Rheinsberg:

- Mo – Do: 06:50 Uhr bis 15:50 Uhr; Fr: 06:50 Uhr bis 12:05 Uhr

Abweichende Regelungen der Arbeitszeit sind für beide Standorte nur auf besonderen Antrag möglich.

- (7) Alle Materialtransporte sind mind. 5 Werktage vorher mit dem AG abzustimmen. Materialtransporte sind Mo – Do von 07:00 Uhr bis 15:00 Uhr und freitags nur von 07:00 Uhr bis 12:00 Uhr möglich.
- (8) Der AN kann die Zufahrten nach Abstimmung mit den Beteiligten in eigener Verantwortung und auf eigene Gefahr für seine Transporte benutzen.

§ 15 Sistierung, Kündigung, Kostennachweis

- (1) Der AG kann jederzeit das vollständige oder teilweise Ruhen des Auftrages schriftlich anordnen (Sistierung) oder den Auftrag – auch nach angeordnetem Ruhen – ganz oder teilweise mit sofortiger Wirkung beenden (schriftliche Kündigung), wenn er dies im Zusammenhang mit dem Genehmigungsrisiko oder aus anderen Gründen für notwendig oder zweckdienlich erachtet.
- (2) Soweit das Ruhen des Auftrages nicht auf einer Vertragsverletzung des AN beruht, ist der AN berechtigt, den Vertrag zu kündigen, wenn das Ruhen insgesamt länger als 3 Monate andauert und die Parteien keine andere einvernehmliche Vertragsanpassung herbeiführen können.
- (3) Im Fall der endgültigen Stilllegung des diesem Auftrag zugrundeliegenden Projekts wird der AN auf Wunsch des AG die von ihm bzw. für ihn gelieferten und montierten Teile zu angemessenen Preisen und Bedingungen demontieren. Die Demontage wird er so ausführen, dass Anlagenteile nach Möglichkeit nicht beschädigt werden.

§ 16 Antikorruptionsklausel

- (1) Unbeschadet sonstiger Kündigungs- und Rücktrittsrechte ist der Auftraggeber gem. § 314 BGB berechtigt, den Vertrag fristlos zu kündigen oder von ihm zurückzutreten, wenn der Auftragnehmer oder seine Mitarbeiter
 - a. aus Anlass der Vergabe nachweislich eine Abrede getroffen hat, die eine unzulässige Wettbewerbsbeschränkung darstellt.
 - b. dem Auftraggeber oder dessen Mitarbeitern oder von diesem beauftragte Dritte, die mit der Vorbereitung, dem Abschluss oder der Durchführung des Vertrages betraut sind, oder ihnen nahestehenden Personen, Geschenke, andere Zuwendungen oder sonstige Vorteile unmittelbar oder mittelbar in Aussicht stellt, anbietet, verspricht oder gewährt.
 - c. gegenüber dem Auftraggeber, dessen Mitarbeitern oder beauftragten Dritten strafbare Handlungen begeht oder dazu Beihilfe leistet, die unter §§ 299, 333, 334 StGB, 17, 18 UWG fallen.
- (2) Wenn der Auftragnehmer nachweislich Handlungen gem. Nummer § 16 (1) a vorgenommen hat, ist er dem Auftraggeber zu einem pauschalen Schadenersatz in Höhe von 15 v.H. der Abrechnungssumme verpflichtet, es sei denn, dass ein Schaden in anderer Höhe nachgewiesen wird. Dies gilt auch, wenn der Vertrag gekündigt oder bereits erfüllt ist.
- (3) Bei nachgewiesenen Handlungen gem. Nummer § 16 (1) b oder § 16 (1) c ist der Auftragnehmer zur Zahlung einer Vertragsstrafe in Höhe von 15 v.H. der Abrechnungssumme verpflichtet.
- (4) Die Paragraphen § 16 (1) b und § 16 (3) finden keine Anwendung, soweit es sich um sozial adäquates Verhalten im Sinne von Nummer IV des „Rundschreibens des BMI zum Verbot der Annahme von Belohnungen oder Geschenken in der Bundesverwaltung vom 8. November 2004“ (http://www.verwaltungsvorschriften-im-internet.de/bsvwvbund_08112004_DI32101701.htm) handelt.
- (5) Sonstige vertragliche oder gesetzliche Ansprüche des Auftraggebers bleiben unberührt.

§ 17 Beachtung des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes – LkSG

- (1) Der AN verpflichtet sich, im Rahmen seiner vertraglichen Leistungserbringung die menschenrechtlichen und umweltbezogenen Sorgfaltspflichten in angemessener Weise zu beachten mit dem Ziel, menschenrechtlichen oder umweltbezogenen Risiken vorzubeugen oder sie zu minimieren oder die Verletzung menschenrechtsbezogener oder umweltbezogener Pflichten zu beenden (§§ 2, 3 LkSG).
- (2) Der AN wird seine unmittelbaren Zulieferer sorgfältig auswählen und überwachen, um auch in seiner Lieferkette sicherzustellen, dass die menschenrechtlichen und umweltbezogenen Sorgfaltspflichten in angemessener Weise beachtet werden. Bestehen Anhaltspunkte für einen Verstoß eines unmittelbaren Zulieferers des AN gegen menschenrechtliche oder umweltbezogene Pflichten, wird der AN den AG hierüber unverzüglich unterrichten und angemessene Abhilfemaßnahmen einleiten.
- (3) Der AN wird mit dem AG in allen Fragen der Einhaltung der menschenrechtlichen und umweltbezogenen Sorgfaltspflichten kooperativ zusammenarbeiten. Die Parteien werden sich hierzu regelmäßig austauschen und erforderlichenfalls Verbesserungen vereinbaren. Der AG ist verpflichtet, gegenüber Behörden und der Öffentlichkeit Angaben zu den getroffenen Maßnahmen zu machen. Auf Anforderung wird der AN den AG hierbei ohne gesonderte Vergütung unterstützen.
- (4) Der AG kann den Vertrag aus wichtigem Grund kündigen, wenn der AN menschenrechtliche oder umweltbezogene Sorgfaltspflichten schwerwiegend verletzt oder eine solche Verletzung ermöglicht, fördert oder duldet und auch nach Abmahnung mit angemessener Fristsetzung durch den AG nicht in angemessener Weise Abhilfe schafft.
- (5) Der AN hat den AG von sämtlichen gegen den AG gerichteten Ansprüchen wegen der Verletzung von menschenrechtlichen oder umweltbezogenen Sorgfaltspflichten freizustellen, sofern und soweit der AN die Sorgfaltspflichtverletzung zu vertreten hat.

§ 18 Schlussbestimmungen

- (1) Nebenabreden wurden nicht getroffen.
- (2) Sollten einzelne Bestimmungen des Vertrages ganz oder teilweise unwirksam oder undurchführbar sein oder werden, so wird hierdurch die Gültigkeit der übrigen Vertragsbestimmungen nicht berührt. Die unwirksame oder nicht durchführbare Bestimmung ist durch eine rechtsgültige oder durchführbare Bestimmung zu ersetzen, die dem wirtschaftlichen Sinn und Zweck der zu ersetzenden Bestimmung am nächsten kommt. Entsprechendes gilt, falls sich eine ergänzungsbedürftige Regelungslücke im Vertrag ergeben sollte, die nach dem erkennbaren Willen der Parteien geregelt werden sollte.
- (3) Hinsichtlich aller Ansprüche und Rechte aus einer Bestellung/einem Vertrag gilt das nicht vereinheitlichte Recht der Bundesrepublik Deutschland (BGB, HGB). Die Geltung des UN-Kaufrechts (CISG) und des deutschen internationalen Privatrechts ist ausdrücklich ausgeschlossen.
- (4) Gerichtsstand für alle Klagen sowie Leistungsort für die Pflichten des AG (insbesondere für dessen Zahlungen) ist ausschließlich der Geschäftssitz des AG.